

Niederschrift über die Sitzung des Amtsausschusses Lebus

Sitzungstermin: Dienstag, den 27.06.2017

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:45 Uhr

Sitzungsort: Amtsscheune Treplin, Lindenstraße 9 a, 15236 Treplin

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Margot Franke

Mitglieder

Frau Britta Fabig

Herr Frank Fries

Frau Angelika Knispel

Herr Joachim Kretschmann

Herr Manfred Kürzer

Herr Alfred Nowak

Herr Karl-Friedrich Tietz

Herr Andreas Weber

Gäste

Herr Dr. Joachim Naumann

Herr Detlef Schieberle

Märkische Oderzeitung

Frau Ines Weber-Rath

Schriftführung

Frau Undine Schulz

Amtsverwaltung

Herr Heiko Friedemann

Nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Gerlach

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Zur Geschäftsordnung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.2. Feststellung von Ausschließungsgründen
 - 1.3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.4. Einwendungen gegen die Niederschrift öffentlicher Teil vom 11.04.2017
 - 1.5. Auswertung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 11.04.2017
2. Einwohneranfragen
3. Information zur Polizeistatistik (BE: Herr Wendland)
4. Weiterentwicklung des Amtes
5. Beratung und Beschlussfassung zur Bestellung einer Rechnungsprüferin (AL/171/2017)
6. Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

7. Einwendungen gegen die Niederschrift nicht öffentlicher Teil vom 11.04.2017
8. Auswertung der Niederschrift nicht öffentlicher Teil vom 11.04.2017
9. Beratung und Beschlussfassung zu Vertragsangelegenheiten (AL/172/2017)
10. Information zu Personalangelegenheiten
11. Sonstiges

Öffentlicher Teil

1. Zur Geschäftsordnung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Einladungen sind allen Amtsausschussmitgliedern ordnungs- und fristgerecht zugegangen. Beanstandungen werden nicht erhoben.

1.2. Feststellung von Ausschließungsgründen

Ausschließungsgründe sind gegebenenfalls anzuzeigen.

1.3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von 10 Amtsausschussmitgliedern sind 8 anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

1.4. Einwendungen gegen die Niederschrift öffentlicher Teil vom 11.04.2017

Keine.

1.5. Auswertung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 11.04.2017

Eine Auswertung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 11.04.2017 ist nicht erforderlich.

2. Einwohneranfragen

Herr Schieberle

- beruft sich auf das Protokoll der Sitzung des Amtsausschusses vom 11.04.2017 zum Tagesordnungspunkt Verwaltungsstrukturreform
 - o Mitwirkung der Gemeindevertretung wird offensichtlich auf eine reine Information beschränkt,
 - keine Mitwirkung als Entscheidungsträger (wird im Protokoll nicht grundsätzlich verneint)

- möchte dem vehement widersprechen
- als letzter Entscheidungsträger ist die Gemeindevertretung vorgesehen
- die Arbeitsgruppe zur Verwaltungsstrukturreform wurde seinerzeit durch den Amtsausschuss berufen, um das Problem zu lösen, dass die Gemeinden nicht nur informiert, sondern auch die Möglichkeit erhalten Ideen und Gedanken mit einzubringen und auf den Entscheidungsfluss rechtzeitig Einfluss nehmen zu können
 - Arbeitsgruppe wurde zur Ruhe gesetzt
 - Gemeinden haben keine Chance Einfluss zu nehmen
 - rechtlich nicht haltbar, wenn die Gemeinden ausgeschlossen werden
 - es werden jede Menge Potentiale verschenkt
- Warum wird die Arbeitsgruppe nicht weiter geführt? Diese wurde zu dem Zweck gegründet, die Gemeinden zu informieren (in beide Richtungen).
- Grundsatzbeschluss wurde gefasst, dass zeitnah Informationen weitergegeben werden sollen

Herr Friedemann

- die Gemeinden treffen letztendlich die Entscheidungen, das steht außer Frage
- sollte eine praktikablere Struktur gefunden werden, um alle Gemeinden zu beteiligen
- Gemeinden können sich jederzeit zu Wort melden (ist alles öffentlich)

Herr Fries

- rechtliche Auswirkungen gibt es nicht
- Gemeinde entscheidet allein
- Informationsfluss ist bis jetzt nicht optimal, Gefahr besteht, dass Widerstandshaltung entsteht, wenn nicht alles richtig in die Gemeinde weitergeleitet wird

Frau Franke

- verweist auf des Tagesordnungspunkt 4 „Weiterentwicklung des Amtes“

3. Information zur Polizeistatistik (BE: Herr Wendland)

Frau Franke

- TOP 3 „Information zur Polizeistatistik“ wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben
- Herr Wendland hat die statistischen Angaben zur Zeit nicht verfügbar

4. Weiterentwicklung des Amtes

Herr Friedemann

- weist darauf hin, dass in den Sitzungen der Vorbereitungsgruppe und der Arbeitstreffen besprochen wurde, dass die Informationen durch die ehrenamtlichen Bürgermeister weiter in die Gemeinden fließen sollen, dies wird im allgemeinen auch so praktiziert
- am 13.06.2017 Oderlandregion als Modellregion für die Verwaltungsstrukturreform anerkannt (Schreiben siehe Anlage)
- Aktivitäten seit der letzten Sitzung des Amtsausschusses
 - 23.05.2017 Beratung der Vorbereitungsgruppe (6. Treffen)
 - es konnten nicht alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet werden, Protokoll liegt noch nicht vor
 - Sachstand IT

- Separate Fachgruppe wurde gegründet (Antrag auf extra Fördergelder zur Unterstützung des Sachgebietes)
- Sachstand Antrag Modellregion
 - auf Nachfragen kam das Schreiben des Ministerium des Innern und für Kommunales (s. Anlage)
- Diskussion zur Weiterentwicklung des Organigramms als gemeinsamer Vorschlag der Hauptverwaltungsbeamten
 - Amtsleiter sollen schon ausgewiesen werden (Personalräte wurden angehört)
 - Organigramm nur in Struktur und Größe weiterentwickeln (ohne Namen)
 - Zielsetzung 30.10.
- Sachstand Entwicklung gemeinsamer Verwaltungssitz
 - Stadt Seelow hat berichtet
 - verschiedene Standorte wurden geprüft
 - es erfolgte noch keine Einigung auf das Gebäude der Sparkasse als Verwaltungssitz
- nächste Beratung der Vorbereitungsgruppe am 29.06.2017 in Neuhardenberg (Umgang mit der Anerkennung als Modellregion)

Frau Fabig ergänzt

- Servicestellen wurden noch nicht besprochen, hier ist noch alles offen

Herr Friedemann

- Servicestellen sollten als nächstes Thema diskutiert werden, da diese Auswirkungen auf das Organigramm, IT und den Verwaltungssitz haben

Herr Fries

- es sollten neue Ideen verwirklicht werden, das „Alte“ nicht nur groß gemacht werden
- es werden Leute gebraucht, die Zukunftsvisionen haben, die Zeit und die Intelligenz haben, neue Ideen und Gedanken einzubringen und zu verwirklichen
- die Arbeitsgruppe sollte sich öfter treffen, es dauert alles zu lange

Herr Friedemann

- die wichtigste Voraussetzung ist das Gesetz
- schwierig, 5 Verwaltungen zusammen zu bringen
- geht nicht nach Schnelligkeit, sondern nach Gründlichkeit

Herr Kürzer

- was die Vorbereitungsgruppe zur Zeit macht ist Unterbringungsplanung

Frau Knispel trifft 19.30 Uhr ein. Somit sind 9 von 10 Amtsausschussmitglieder anwesend.

Herr Kürzer

- wird eine große kommunale Konstruktion
- es fehlt eine nachvollziehbare Darstellung
- jetzt wird schon an ein Haus gedacht, wo noch keiner weiß, wieviel dort arbeiten
- vielleicht sollte die Vorbereitungsgruppe die Sache von unten aufzäumen

Herr Friedemann

- in der Arbeitsgruppe gibt es keine Führungsstruktur, 5 gleichberechtigte Partner, kein Organ kann etwas entscheiden, Entscheidungen werden durch Gemeinden getroffen
- Verbindlichkeit sollte ein Stück erhöht werden

Herr Tietz

- vom Land sollte eine Orientierung vorgegeben werden

Herr Weber

- ohne Gesetz sollen Entscheidungen getroffen werden, über die Köpfe der Bürger hinweg
- hört sich für ihn so an, als ob an erster Stelle die Verwaltung steht und der Bürger zum Schluss kommt
- umso größer die Einheit, desto kleiner die demokratische Einflussnahme
- mit der Entscheidung der Modellregion ist eine fatale Vorentscheidung getroffen worden
- keine Rechte und Pflichten, Zuwendung kann zurück genommen werden, moderne Korruption

Herr Kürzer

- für das Amtsgebäude steht kein Käufer zur Verfügung
- Vorschlag
 - o Vorverträge/Teilverträge den Gemeinden vorlegen, Voraussetzung ist allerdings, dass das Konzept der Verhandlungen vorliegt
 - o mit dem Innenministerium ins Gespräch kommen, dass dort ein Konzept entwickelt wird

Herr Friedemann

- das Innenministerium ist zur Zeit mit den Arbeiten an der Kreisgebietsreform beschäftigt
- Rahmenvertrag gibt das Gesetz vor, dort werden die Kompetenzen beschrieben, die noch nicht klar sind
- Gemeinden beschließen, dass sie mit den anderen Gemeinden eine Amtsgemeinde bilden wollen, alles andere ergibt sich aus dem Gesetz
- Vermögensverwaltung ist überhaupt noch nicht geregelt, dies könnte man eventuell in einem Vertrag regeln
- eventuelle Schaffung eines Käufers für das Amtsgebäude (z. B. Objektgesellschafter, 18 Gemeinden)
- sehr komplex und schwierig, versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten

Frau Knispel

- erinnert an das Gespräch mit der Staatssekretärin
- Rahmenbedingungen sind noch nicht bekannt, auf die gesetzlichen Grundlagen wird gewartet
- Rahmenbedingungen sind zur weiteren Entscheidungsfindung in den Gemeinden wichtig
- es sollte zeitnah darüber befunden werden

Herr Kürzer

- es sollte dargestellt werden, was von den Gemeinden bewältigt werden muss, dies könnte in der Gemeindevertretung überzeugen
- es sollte konkret von den Alltagsaufgaben einer Gemeinde nach „oben“ gearbeitet werden
- Verwaltungsstruktur muss effektiver gestaltet werden

Herr Fries

- alle Kommunen müssen dafür kämpfen, mehr Schlüsselzuweisungen zu erhalten
- Verwaltung soll verbessert werden, Modellregion heißt = neues Modell
- Arbeitsgruppe sollte sich an das Ministerium wenden
- Fachleute sollten eine Planung z. B. über die IT, KFZ-Angelegenheiten etc. erstellen
- es muss vorher überlegt werden, wie was gemacht werden soll

Herr Friedemann

- erst wenn das Gesetz da ist, ist klar definiert, was zu machen ist
- dann gibt es ein Organ, welches die Richtung bestimmt, dann können Projekte angegangen werden
- Innovationskraft der neuen größeren Verwaltung muss genutzt werden
- Verwaltungen, insbesondere Lebus, sind arbeitsfähig, aber Anforderungen werden zukünftig steigen, z. Bsp. Einführung der Mehrwertsteuer – dafür muss die Verwaltung fit gemacht werden

Herr Weber

- die Amtsgemeinde ist ein politisches Konstrukt, eine Verwaltung dagegen ein Dienstleister, der Dienstleister sollte optimiert werden
- es sollte eine Vereinfachung keine Verkomplizierung (z. B. hat die Einführung der Doppik auch nur Mehrarbeit gebracht) geschaffen werden

Frau Franke beantragt Rederecht für Herrn Dr. Naumann. 8 Ja-Stimmen dafür

Herr Dr. Nauman

- hört aus dieser interessanten Diskussion ein starkes Unbehagen heraus
- er vertritt auch in der Stadtverordnetenversammlung die Meinung, pro und contra müssen abgewogen werden, zur Zeit gibt es keine pro-Argumente
- Innenministerium durch politische Probleme keine Zeit für Verwaltungsstrukturreform

Herr Fries

- Gemeinde Zeschdorf hat sich dazu geäußert, dass lieber eine Zusammenführung unter dem bestehenden Ämtermodell als das neue Amtsgemeindemodell wünschenswert wäre

Frau Franke

- bittet Herrn Friedemann und Frau Fabig am 29.06.2017 einige Vorbehalte in der Arbeitsgruppe mit den Amtsdirektoren und Bürgermeister zu erörtern, die Stimmung des Amtsausschusses Lebus soll dargelegt werden

5. Beratung und Beschlussfassung zur Bestellung einer Rechnungsprüferin (AL/171/2017)

Herr Friedemann erläutert die Beschlussvorlage

- wurde seinerzeit versäumt
- alle Rechnungsprüfungen sind gültig, da Frau Karmanski ordnungsgemäß bestellt wurde und sie als Leiterin die Prüfberichte unterzeichnet

Beschluss-Nr.: 04-06/2017

Der Amtsausschuss des Amtes Lebus bestellt Frau Susanne Kursawe rückwirkend zum 01.08.2012 als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes Lebus. Gleichzeitig wird Frau Monika Tietz rückwirkend zum 31.12.2013 als Prüferin abberufen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

6. Sonstiges

Herr Weber

- Amtskinderfest am 02.06.2017 fand in der Zeit von 14.00 – 17.00 Uhr statt
- Werktätige Eltern haben Probleme aufgrund der Zeit daran teilzunehmen

Herr Nowak

- die Kinder der Kitas und Schulen werden mit einem Bus zum Amtskinderfest gefahren

Frau Fabig

- das Amtskinderfest ist in erster Linie für die Kinder der Kita und Schule, aber auch für Eltern

Frau Franke

- nächste Sitzung des Amtsausschusses am 26.09.2017 in Podelzig

Margot Franke

Vorsitzende
des Amtsausschusses